

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Legations-  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postnummer  
Nr. 30

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 76.

Montag, 1. April 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, bei Postbestellung sowie am Schalter der telegr. Postämter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Kupon-Konten für die Nummern des Ausgabejahres bis Samstag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenkraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Der Wasserzins, das Schulgeld und das Fortbildungsschulgeld auf das 1. Vierteljahr 1895 sind längstens

bis zum 16. April 1895

an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.

Nach Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt zwangsweise Beitreibung der Reste, worauf zur Vermeidung unnötiger Kosten hiermit besonders aufmerksam gemacht wird.  
Riesa, am 1. April 1895.

Der Stadtrath.  
Schwarzenberg, Sibirsk.

No. 76.

Im Hofraume des Hotels zum „Kronprinz“ hier kommen  
Donnerstag, den 4. April 1895

Vorm. 9 Uhr.

2 größere Getreideernte- und eine kleinere dergl. gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 29. März 1895.

Der Ger.-Vollz. des Rgl. Amtsger.  
Schr. Sibau.

Anzeigen für das „Riesner Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis  
Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabejahres.  
Die Geschäftsstelle.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Nach einem aus Hoffreisen kommenden Gerüchte steht dem Fürsten Bismarck noch eine ganz besonders ehrenvolle Auszeichnung des Kaisers bevor. Eines der neuen Kriegsschiffe, die der Reichstag nunmehr endgiltig bewilligt hat, wird den Namen des „Fürsten Bismarck“ erhalten. Der Name des ersten deutschen Reichszanzen ist augenblicklich aus der deutschen Marine verschwunden, nachdem am 21. September 1891 die Streichung der Kreuzerfregatte „Bismarck“ aus der Liste der aktiven Kriegsschiffe erfolgt ist. Diese gedachte Korvette bildete mit „Wolke“, „Stosch“, „Gneisenau“ und „Stein“ die sogenannte Bismarck-Klasse. Diese fünf Schiffe waren in den Jahren 1877 bis 1879 entstanden. Die Kreuzerfregatte „Bismarck“ hat nur zwei Reisen ins Ausland gemacht, darunter eine, die vom 4. Oktober 1884 bis zum 1. September 1888 dauerte, nach West- und Ostafrika, Australien, sowie Ostasien ging und für die deutschen Kolonialwerbungen von höchster Bedeutung war. In dem westafrikanischen Geschwader, dem die Aufgabe zugefallen war, mit Waffengewalt das deutsche Ansehen in Kamerun wieder herzustellen und Leben und Eigenthum der dortigen Deutschen zu sichern, bildete die „Bismarck“ das Flaggschiff, auf dem sich der damalige Kontrabandier Knorr, der Geschwaderchef, befand. Die „Bismarck“-Division zeichnete sich am 20. Dezember 1884 bei der Eroberung von King Betslow hervor. Gegenwärtig dient die aus der Liste der aktiven deutschen Kriegsschiffe längst gestrichene Kreuzerfregatte „Bismarck“ als Lazarettenschiff der Torpedobehelung in Wilhelmshaven.

Die jüngsten Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus haben gezeigt, daß die Wiedereinführung der vor einem Jahre aufgehobenen Staffeltarife vom preussischen Staatsministerium in ernste Erwägung gezogen wird. In Südwestdeutschland macht sich in Folge dessen eine lebhaftere Bewegung gegen diese die dortige Landwirtschaft und Mühlenindustrie schädigende Maßnahme geltend, wobei betont wird, daß die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zum deutsch-preussischen Handelsvertrage nur in der bestimmten Voraussetzung der Beseitigung der preussischen Staffeltarife für die Dauer dieses Vertrages erfolgt sei.

Aus Anlaß der im kommenden Frühjahr und Sommer notwendig werdenden Entlassungen von Arbeitern der militärischen Fabriken in Spandau und Steglitz ist die Militärverwaltung nach allen Richtungen hin bestrebt, den zu Entlassenden andere Arbeit zu ermitteln und einer durch diese Entlassungen hervorgerufenen Arbeitslosigkeit an den genannten Orten möglichst vorzubeugen. — Die mit dem Arbeitsnachweis betrauten Behörden, das Feuerwerks-Laboratorium Spandau und die Geschloßfabrik Steglitz, haben zur Zeit bereits eine nicht geringe Zahl von Arbeitern anderweitig untergebracht, und zwar theils in anderen staatlichen Betrieben, theils auch in solchen Privatfabriken, die mit Befreiungen für die Militärverwaltung betraut werden. In Steglitz ist außerdem bereits eine Anzahl der aus der Kaserne treibenden Bevölkerung der Umgegend hervorgegangenen Arbeiter freiwillig ausgehoben, um ihre frühere Thätigkeit wieder aufzunehmen; eine weitere Anzahl wird folgen. — Hierdurch dürfte sich zum Theil auch die Thatsache erklären, daß von der angebotenen Arbeitsgelegenheit seitens der zur Entlassung Kommenden nicht im vollen Umfange Gebrauch gemacht wird. — Bei den Entlassungen wird, abgesehen von dem Dienstalter in den militärischen Fabriken und der Zuverlässigkeit der Arbeiter, auch in weitgehendster

Weise auf die Familienverhältnisse, bei den Verheiratheten auf die Zahl der Kinder u. s. w. Rücksicht genommen.

Das Präsidium des Reichstages sollte heute, wie offiziell wiederholt wird, vom Kaiser bei Gelegenheit der zur Feier des 80jährigen Geburtstages des Fürsten Bismarck im Weißen Saale des königlichen Schlosses stattfindenden Festfeier, zu welcher das Reichstagspräsidium Einladungen erhalten hat, empfangen werden. Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.“: So wird die Mehrheit des Reichstages, vertreten durch das Präsidium ihrer Wahl, also doch noch den Geburtstag des Fürsten Bismarck feiern, und zwar in der solennsten Weise! Die Einladung, welche den Herren v. Luol, Schmidt und Spahn zugegangen ist, konnte einen Satiriker ersten Ranges zum Verfasser haben. Hoffentlich sind alle drei Herren am 1. April wohl genau um der Einladung Folge leisten zu können. — Wie die „Vib. Kor.“ meldet, hat Abg. Schmidt-Eiberfeld, der erste Vizepräsident des Reichstages, wegen anderweitiger Geschäfte Urlaub genommen, er wird also dem Empfang des Präsidiums des Reichstages nicht beiwohnen. — Das „S. L.“ bemerkt: Die Frage, ob der Kaiser zum Empfang des (neuen) Reichstagsvorstandes bereit sein werde, beschäftigte naturgemäß alle politischen und gesellschaftlichen Kreise des Volkes. In höchster Spannung hatte alle Welt der gewichtigen Entscheidung. Da löst ein in weltgeschichtlichem Betracht wichtiger Einfall das ganze schwere Problem auf die eleganteste Weise. Die Herren vom neu gewählten Reichstagsvorstande werden nicht nur durch den Kaiser empfangen, sondern sogar noch der besonderen Auszeichnung theilhaftig, dem Brunkmaße beiwohnen, daß dem Mann zu Ehren im schimmernden Bankettsaale gegeben wird, dem die in dem anwesenden Vorstände verkörperte Reichstagsmehrheit die Huldigung verweigert hatte. Das ist die sein zugesagte höfliche Antwort auf den Beschluß der Volksvertretung.

Die Reden, die Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck am Dienstag in Friedrichsruh ausgetauscht haben, geben der französischen Presse willkommenen Anlaß, sich wieder patriotisch zu erheben. Selbst gemäßigtere Blätter erklären, daß alles Gelände, das die Verständigung zwischen beiden Ländern seit Jahren gewonnen hatte, mit einem Schläge verloren worden sei. — In Deutschland werden wohl nur Wenige der Meinung gewesen sein, daß das „Gelände der Verständigung“ bei den Franzosen in beachtenswerthem Maße bereits vorhanden gewesen sei.

Vom Reichstag. Am Sonnabend erlebte man einige Petitionen und Rechnungsvorlagen ohne Debatte und genehmigte in dritter Lesung den Antrag Müller auf Abänderung des Gesetzes über die Einheitszeit, monoch in Orten, wo der Unterschied zur Ortszeit mehr als 1/2 Stunde beträgt, Abweichungen von den Bestimmungen in Titel VII der Gewerbeordnung zulässig sein sollen. Darauf wird die Beratung des Antrags Kanig auf Verstaatlichung des Getreidehandels fortgesetzt. — Abg. Graf v. Galen (Str.): Seine Freunde ständen dem Antrage vorurtheilslos gegenüber, müßten aber sein Prinzip verwerfen, da er eine Art Staatssozialismus schaffen wolle, der materialistischen Weltanschauung entspreche und den christlichen Anschauungen widerspreche. Mit demselben Recht könnten auch andere Berufsarten mit ähnlichen Forderungen kommen. Das Centrum verleihe aber die Nothwendigkeit, der Landwirtschaft zu helfen, durchaus nicht, und um die Mittel zur Abhilfe der bestehenden Nothlage zu erörtern, beantrage er, den Antrag einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. — Abg. Barth (fr. Ver.) ist gegen Kommissionsberatung; die Regierung habe den Antrag bereits abgelehnt, und dieser habe auch gar keine parlamentarische Bedeutung mehr, wohl

aber eine große agitatorische Kraft, die durch eine Kommissionsberatung nur noch verstärkt würde. — Abg. Graf v. Limburg-Stirum (kons.): Wenn der Antrag ein Ausfluß des Materialismus wäre und der christlichen Anschauung widerspreche, müßte seine ganze Partei gegen ihn stimmen. Dem Reichstagskanzler, der eine schwierige Lage vorgefunden, sei daraus, daß er den Antrag nicht annehme, kein Vorwurf zu machen, denn es seien noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Gegenüber den gestrigen Ausführungen des Staatsministers Freiherrn v. Marschall halte er, Redner, an der Auffassung fest, daß es sehr wohl möglich wäre, mit den Vertragsmächten in Verhandlung einzutreten. Der Antrag werde übrigens jetzt schon ernstlich genommen, mit der Zeit werde man doch wohl seinen Grundgedanken annehmen. — Staatsminister Freiherr v. Marschall: Der Antrag sei von der Regierung von Anfang an sehr ernst genommen worden, weil er Hoffnungen erwecke, deren Erfüllung sehr zweifelhaft sei. Durch die Einleitung neuer Verhandlungen mit unseren Vertragsmächten würden wir nicht nur das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit erschüttern, sondern auch materielle Schädigungen verursachen und weite Kreise unseres Erwerbslebens beunruhigen. Ob aber dadurch unter den Landwirthen Zufriedenheit erweckt würde, das sei bei der Sache die unbekannte Größe. Der Vortheil der Handelsverträge bestesse darin, daß an Stelle der fortwährenden Zollerhöhungen eine Stabilität der Verhältnisse getreten sei. Der Antrag Kanig aber sei prinzipiell unbrauchbar, daher könne auch sein Grundgedanke nicht angenommen werden. — Abg. v. Bollmar (Soz.): Eine Agrarkrise bestesse allerdings, aber es sei eine Uebertreibung, von einer Nothlage der Landwirtschaft in dem Sinne zu sprechen, wie hier geschehen sei. Wenn der Antrag Kanig durchginge, würde dies eine bedeutende Bertheuerung des Brodpreises bedeuten. Die Vortheile kämen nur den großen Grundbesitzern zu Gute, dem deutschen Bauernthum aber könnte nichts Schlimmeres angethan werden, als wenn der Antrag angenommen würde. — Nachdem sich noch der Abg. Holy (Reichsp.) und der Abg. v. Romierowski (Pol.) in befürwortendem Sinne ausgesprochen hatten, wurde der Antrag Kanig nach dem Schlusswort des Abg. v. Kardorff (Reichsp.) einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. — Darauf vertagte sich das Haus bis zum 23. April.

**Belgien.** Die Regierung läßt alle Punkte, wo ein Ausstand erwartet wird, mit Truppen besetzen. Donnerstag waren sogar die Straßen in der Umgebung des Parlaments gesperrt, obgleich durchaus keine Anzeichen von Straßenunruhen vorlagen.

Kenais, 31. März. Der Bürgermeister unserer Stadt hatte anläßlich des hier ausgebrochenen Weberstreiks Ansammlungen in den Straßen untersagt. Ungeachtet dessen durchzogen die Streikenden truppweise die Stadt. Im Laufe des Abends kam es zu Scharrmühen, wobei mehrere Personen, darunter auch Reugierige, verletzt wurden. Gegen 9 Uhr erfolgte ein heftiger Zusammenstoß mit der Gendarmarie; die Streikenden empfingen die Gendarmen mit einem Hagel von Steinen. Die Gendarmen machten von der Schußwaffe und dem Bayonette Gebrauch. Acht Streikende und mehrere Gendarmen wurden verwundet, ein Kind und ein Streikender getödtet. — Vierhundert Schuhwaren-Arbeiter kündigten für Montag einen Ausstand an, weil ihnen die Erhöhung des Arbeitslohnes verweigert wurde.

**Japan.** Der Attentäter Ki-Hung-Tsang's ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden.